

SPD und Union wirkten konzeptionell kraftlos und ausgebrannt.

Abweichende Wählerpräferenzen und alte Verhaltensmuster.

Eine Detailanalyse der Bundestagswahl

von Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke und Ulrich Eith

Diese Analyse wurde von der „Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg“ für die Frankfurter Rundschau erstellt. Neben den Autoren haben daran die Politikwissenschaftler Ingo Geisel und Christoph Fenner mitgearbeitet.

Eine leicht gekürzte Fassung ist erschienen in: Frankfurter Rundschau Nr. 225 vom 27. 9. 2002, S. 20 (Dokumentation)

I.

Die Bundestagswahl vom 22. September ist nach einer spannenden Wahlkampfzeit denkbar knapp entschieden worden. Sie erscheint zugleich als Wimpernschlagfinale in einem politischen Wettrennen, das in seinem Verlauf und in seinem Ausgang nahezu ausschließlich durch die Aktionen der Spitzenkandidaten bestimmt wurde. Nie zuvor in der Wahlgeschichte der Bundesrepublik ist ein Wahlkampf so konsequent personalisiert und als Heldentheorie der Politik interpretiert worden. Entsprechend stellen sich Fragen nicht nur nach den politischen Konsequenzen dieser Wahl – den Chancen dringend notwendiger Reformen – und den Entwicklungsperspektiven der Parteien in einem Parteiensystem, das stärker denn je zuvor regionalisiert war. Zu fragen ist auch nach den in dieser Wahl zutage tretenden Bestimmungsfaktoren des Wählerverhaltens, nach der Bedeutung der Wirtschaftslage und dem Einfluss der Personalisierung.

Eigentlich hätte der Wahltag zur Stunde der Opposition werden müssen. Seit geraumer Zeit deuten alle Wirtschaftsdaten auf eine ausgeprägte Rezession hin. Wirtschaft und Aktienkurse befinden sich auf Talfahrt. Die Arbeitslosigkeit erreicht Höchststände. Daher prognostizierten noch wenige Wochen vor der Wahl etliche politische Beobachter und Meinungsforscher einen klaren Sieg der Unionsparteien, zumal diese in wirtschaftlichen Fragen traditionell einen Kompetenzvorsprung vor der SPD zugeschrieben bekommen. Diesmal scheinen diese strukturellen Gesetzmäßigkeiten jedoch nicht gegolten zu haben. In einer rasanten Aufholjagd konnte Kanzler Gerhard Schröder nach der Flutkatastrophe und mit Hilfe seines strikten Anti-

Kriegs-Kurses in Sachen Irak das Blatt wenden und mit denkbar knappstem Vorsprung die Wahl für sich entscheiden. Das rot-grüne Regierungsbündnis hat somit in einem schwächlichen Aufguss des Erdrutschsieges von 1998 seine zweite Chance erhalten.

In gleicher Weise wurden auch die Ergebnisse der anderen Parteien personalisiert. Einen Bundeskanzler Edmund Stoiber verhinderte demnach dessen mäßige Beliebtheit in Nord- und Ostdeutschland und insbesondere Jürgen W. Möllemann – von den Liberalen nun zum wahlentscheidenden Sündenbock abgestempelt. Der Erfolg der Grünen geht auf das große Ansehen und den persönlichen Einsatz von Außenminister Joschka Fischer zurück. Die PDS wiederum konnte den Abgang von Gregor Gysi nicht kompensieren und scheiterte nach der Personalisierungsthese an der 5 %-Hürde.

Nun wird niemand einen relevanten Einfluss von Spitzenkandidaten in Abrede stellen wollen. Allerdings hängt deren Wirkung auch davon ab, in welchem Ausmaß die Kandidaten die politischen Stimmungslagen und Positionierungen ihrer Parteien überzeugend verkörpern und die Erwartungen ihrer Anhänger treffsicher artikulieren können. Gleichwohl besteht die Gefahr, dass die Verengung des Blickwinkels auf die Kandidaten wichtige Aspekte des Wahlgeschehens unberücksichtigt lässt und damit – wie schon 1998 – die Parteien bei ihren Bewertungen des Wahlausgangs zugleich auch zu verhängnisvollen Fehlinterpretationen verleitet. Deshalb ist es für ein angemessenes Verständnis der Bundestagswahl und ihrer politischen Auswirkungen erforderlich, die Wahlergebnisse vom vergangenen Sonntag in einen breiteren wahlsoziologischen und wahlgeschichtlichen Zusammenhang einzuordnen.

II.

Die Wahlbeteiligung blieb mit 79,1 % insgesamt nur knapp hinter derjenigen der letzten Bundestagswahl zurück. In Ostdeutschland gingen allerdings nur gut 70 % der Wahlberechtigten zur Wahlurne, ein Rückgang von immerhin etwa 7 Prozentpunkten.

Die SPD erzielte mit 38,5 % und einem Verlust von 2,4 Prozentpunkten ihr zweitbestes Ergebnis seit 1980. Zum dritten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte konnte sie als stärkste Partei vor der Union landen. Trotz vergleichbarer Stimmenanteile in Ost und West verdeutlicht die getrennte Untersuchung beider Landesteile gegenläufige Entwicklungen. Im

Westen fielen die Sozialdemokraten um 3,8 Prozentpunkte hinter ihr Ergebnis von 1998 zurück. Die höchsten Verluste waren in Bayern, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen. Unterdurchschnittliche Stimmenanteile und starke Rückschläge erzielte die SPD in industriell geprägten Wahlkreisen mit einem hohen Arbeiteranteil. Ebenfalls hohe Verluste erfolgten den Umfragedaten zufolge bei Männern, Arbeitslosen und in statusniedrigeren Bevölkerungsgruppen. Demgegenüber konnte die SPD im Osten um 4,4 Prozentpunkte deutlich zulegen, insbesondere in den durch Dienstleistung geprägten Hochburgen der PDS.

Mit ebenfalls 38,5 % blieben CDU/CSU um knapp 9000 Stimmen hinter der SPD zurück. Trotz eines Zuwachses von 3,4 Prozentpunkten musste die Union damit das drittschlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte hinnehmen. Wiederum zeigen sich starke regionale Unterschiede. Weit überdurchschnittliche Stimmenanteile und Zugewinne erfolgten insbesondere in Bayern und auch in Baden-Württemberg, nur leichte Verbesserungen gelangen in den nord- und ostdeutschen Flächenstaaten. Verluste traten in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen zutage. Auffällig sind zudem die Unterschiede zwischen Ost und West. Während die CDU im Westen aufgrund der überdurchschnittlichen Ergebnisse in Süddeutschland klar über 40 % liegt, reicht es im Osten nicht einmal für 30 %. Im Gegenzug zur SPD gelangen den Christdemokraten die höchsten Zuwächse in industriellen und ländlichen Wahlkreisen Westdeutschlands.

Die eigentlichen Gewinner der Bundestagswahl vom vergangenen Sonntag sind Bündnis 90/Die Grünen. Bei einem Zugewinn von 1,9 Prozentpunkten erzielten sie aus der Regierungsverantwortung heraus mit 8,6 % ihr bislang bestes Ergebnis im Bund. Damit konnten sie die hohe Verlässlichkeit und Sachkompetenz, die ihnen in Umfragen zugeschrieben wurden, auch an den Wahlurnen umsetzen. Zweistellig schnitten sie in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin sowie in Baden-Württemberg und Hessen ab. Die Zuwächse erfolgten insbesondere in ihren städtischen, durch Dienstleistung und hohen Angestelltenanteil geprägten Wahlkreisen. Zum Teil profitierten sie hierbei von sozialdemokratischen Befürwortern einer rot-grünen Koalition. Dennoch bleiben die Grünen auch weiterhin vor allem eine westdeutsche Regionalpartei, da sie in keinem ostdeutschen Bundesland die 5 %-Hürde überspringen konnten.

Ebenfalls zulegen konnte die FDP. Mit 7,4 % und einem Zuwachs von 1,2 Prozentpunkten erzielten die Liberalen ein respektables Ergebnis und verfehlten zugleich die selbst gesteckten

Ziele bei weitem. Bei überdurchschnittlichen Gewinnen in Westdeutschland vor allem in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz verhalfen flächendeckende, kräftige Zuwächse im Osten der FDP auch dort klar über die 5 %-Hürde.

Die PDS hat sich einmal mehr als ostdeutsche Regionalpartei präsentiert, der im Westen lediglich der Rang einer Splitterpartei zukommt. Mit hohen Verlusten von durchschnittlich – 4,6 Prozentpunkten im Osten verfehlten die Sozialisten zudem gesamtdeutsch die 5 %-Hürde. Die größten Rückschläge mussten sie in ihren Hochburgen, den ostdeutschen Verwaltungsstädten, hinnehmen. In erster Linie profitierten hiervon die Sozialdemokraten.

Keine nennenswerten Stimmenanteile konnten bei dieser Wahl die verschiedenen rechtsextremen Parteien verbuchen. Weder NPD noch Republikanern gelang eine Mobilisierung, und auch die Schill-Partei blieb selbst in Hamburg unter 5 %. Die hohe Konzentration der Medien auf das Duell der beiden Kanzlerkandidaten hat den Rechtsextremen zu keinem Zeitpunkt genügend Raum gelassen, die ohne Zweifel verbreitete Unzufriedenheit über die wirtschaftliche Situation mit populistischen Forderungen für sich nutzen zu können.

III.

Der knappe Wahlausgang hat zunächst den Blick auf die regionalen Besonderheiten des Wählerverhaltens verstellt. Unter der Oberfläche des Kanzlerduells lassen sich jedoch ältere und neuere regionale Unterschiede ausmachen: der Osten unterscheidet sich vom Westen, der Norden vom Süden. Diese Regionalisierung des Wählerverhaltens beruht auf hinlänglich bekannten Differenzen in der politischen Kultur. So unterscheiden sich Ost und West neben den sozioökonomischen Strukturen vor allem durch politische Präferenzen und Wertmaßstäbe. In Ostdeutschland rangiert die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit klar vor der Forderung nach einer stärkeren Marktorientierung. Nord- und Süddeutschland hingegen trennen in erster Linie kulturelle Besonderheiten, die zudem häufig mit konfessionellen Unterschieden verbunden sind. Die aktuelle Konstellation der Spitzenkandidaten hat diese bekannten Muster nun deutlich hervortreten lassen und nochmals verstärkt.

Der Osten weist auch zwölf Jahre nach der Einheit ein eigenständiges Parteiensystem auf. Nach wie vor konkurrieren hier SPD und CDU mit einer bei dieser Wahl allerdings dezimierten PDS. Zu diesem Drei-Parteien-System kommen nun noch die Liberalen hinzu, die sich erstmals flächendeckend bei den Ostdeutschen behaupten konnten.

Die dominierende Partei im Osten sind derzeit die Sozialdemokraten. Ganz offensichtlich haben ihr die in mehreren Landesregierungen erfolgte Kooperation mit der PDS letztlich nicht geschadet, auch wenn der deutliche Wahlsieg von Schröder in Ostdeutschland vor allem wohl auf sein Engagement bei der Flutkatastrophe und den latent geschürten Anti-Amerikanismus zurückgeht. Der Union gelangen hingegen auch unter Stoiber keine entscheidenden Zugewinne. Ihre hohen Ergebnisse der direkten Nach-Wende-Ära sind offenbar Geschichte. Auf „westdeutschem Niveau“ liegen die Christdemokraten lediglich in Sachsen.

Allerdings bleiben die Mehrheitsverhältnisse im Osten weiterhin sehr labil. Die Unzufriedenheit über die Wirtschaftslage ist konstant hoch, die Bindung an Parteien und politische Grundströmungen hingegen eher unterentwickelt. Wirkungsvolle Konzepte zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation sind derzeit weder bei den Sozialdemokraten noch bei ihren politischen Konkurrenten in Sicht. Dies alles birgt ein hohes Potential für politische Frustration, zumal die ausgeprägten wohlfahrtsstaatlichen Erwartungen vieler Ostdeutscher auch in der kommenden Legislaturperiode kaum zu erfüllen sein werden. Sollte dennoch die jetzige Konstellation von zwei bürgerlichen und zwei linken Parteien auch mittelfristig Bestand haben, zeichnet sich – entgegen allen liberalen Bemühungen um Äquidistanz zu Union und SPD – die politische Logik des bekannten Lagerdenkens ab. FDP und PDS repräsentieren hierbei den Gegensatz zwischen Marktorientierung und sozialer Gerechtigkeit, CDU und SPD werden sich dazwischen entsprechend den ostdeutschen Erwartungen positionieren müssen.

Im Westen hat die Bundestagswahl alte kulturelle Unterschiede zwischen Nord und Süd einmal mehr ans Tageslicht gebracht. Die Christdemokraten konnten ihre süddeutschen Hochburgen kräftig ausbauen, die Sozialdemokraten ihre Verluste in Norddeutschland in engen Grenzen halten. Die Union dominiert im katholischen Süden, die SPD hingegen im protestantischen Norden. Der FDP geriet die bewusst offen gehaltene Koalitionsaussage in Bayern und Baden-Württemberg zum Nachteil, in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen

hingegen ließen sich Zuwächse erzielen. Unbeeinflusst von diesen Nord-Süd-Differenzen zeigten sich lediglich die Stimmenanteile der Grünen.

Eine Sonderstellung mit einer eigenen politischen Kultur nimmt Nordrhein-Westfalen ein. Noch immer überlagern sich hier die konfessionellen Gegensätze mit den Auswirkungen einer durch die Industriearbeiterschaft geprägten politischen Kultur.

Obwohl die SPD hier überdurchschnittliche Verluste hinnehmen musste, konnte die Union nicht aus ihrer Minderheitenposition ausbrechen.

Der Gegensatz zwischen Schröder und Stoiber fügt sich nahtlos in dieses Muster regionaler Besonderheiten. Allerdings sollte deren Wirkung nicht überbewertet werden. Keiner der beiden großen Volksparteien ist es im Vorfeld der Bundestagswahl gelungen, durch überzeugende Politikangebote politische Attraktivität und Kompetenz zu erlangen. Beide Parteien wirken angesichts der Wirtschaftskrise und anhaltenden Arbeitslosigkeit konzeptionell kraftlos und ausgebrannt. Der Kanzler hat in der Vergangenheit viel zu selten politische Führung demonstriert, der Herausforderer hat über die gebetsmühlenartigen Hinweise auf Regierungsdefizite die Präsentation eigener Vorstellungen versäumt.

Diese allgemeine Konzeptlosigkeit der Parteien findet ihre Entsprechung in der hohen Anzahl von Unentschlossenen in den Umfragen vor der Wahl. Diese sind keineswegs bindungslose Augenblickswähler. Den Anhängern der verschiedenen Parteien fehlten schlichtweg die Argumente, sich zu ihren mehr oder minder ausgeprägten Parteibindungen zu bekennen. Deshalb passt es ins Bild, dass die Jahrhundert-Flut und der mögliche Irakkrieg urplötzlich die politische Agenda vor der Wahl dominieren konnten.

So traten im Wahlergebnis denn auch die alten, beinahe schon vergessen geglaubten regionalen Frontstellungen zutage.

IV.

Welche Bedeutung hat die Bundestagswahl für die Parteien?

Die Grünen haben ihre Position in der Regierung gestärkt. Sie haben diesen Erfolg erreicht, indem sie ihre politischen Überzeugungen glaubhaft, mit bemerkenswerter innerer Geschlossenheit und überragenden politischen Talenten vertreten haben. Sie waren in dieser Hinsicht die bei weitem überzeugendste politische Kraft im Wahlkampf. Der Erfolg ihrer Kampagne ist um so bemerkenswerter, als die Anhängerschaft der Grünen massive Vorbehalte gegen die landläufigen Medieninszenierungen und die damit verbundenen inhaltlichen Zuspitzungen und Personalisierungen hegen.

Bei der SPD stärkt der Wahlsieg von Gerhard Schröder zunächst seine Position in der Partei. Nach der Übernahme der Parteiführung von Oskar Lafontaine hat er durch die Bestätigung seiner Kanzlerschaft endgültig das politische und emotionale Zentrum seiner Partei erobert. Freilich enthält das Wählervotum für Schröder durchaus unterschiedliche Signale, die bei der Festlegung einer sozialdemokratischen Regierungsstrategie für die kommenden vier Jahre sorgfältig abgewogen werden sollten.

Zunächst gilt es für die SPD, eine ausgewogene Balance zwischen Tradition und Erneuerung zu definieren. Der Wahlkampf 1998 stand im Zeichen einer gut abgestimmten Rollenteilung zwischen dem Traditionalisten Lafontaine und dem Modernisierer Schröder, die zu einer breiten Mobilisierung aller SPD-Potentiale führte. Mit dem Rückzug Lafontaines war diese breite Mobilisierungsoption über längere Zeit hinweg hinfällig geworden. Die Folge waren ab 1999 zum Teil dramatische SPD-Einbrüche in den Landtagswahlen vor allem in den sozialdemokratischen Traditionswählerschaften. Die SPD galt in den Augen dieser entscheidenden Klientelgruppen als unsicherer Kantonist in Sachen Gerechtigkeit. Die Distanz zu diesen Wählern wuchs zusätzlich in dem Maße an, in dem sich auf dem Arbeitsmarkt die Krise verschärfte und ein Kernvorhaben der Regierung Schröder – der erfolgreiche Kampf gegen die Arbeitslosigkeit – gescheitert war.

Die dramatischen Einbrüche der Sozialdemokraten bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt in diesem Frühjahr waren nur das letzte Beispiel dieses für die SPD so bedrohlichen Mechanismus politischer Entfremdung bei den Arbeitern und Unterschichten und daraus

resultierender Wahlenthaltung bei gleichzeitig konstant negativer Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und dem daraus folgenden wirtschaftspolitischen Kompetenzverlust.

Da sich die Arbeitsmarktbilanz nicht entscheidend besserte, rückten Schröder und die SPD schon zu Beginn des Sommers stark traditionelle Gerechtigkeitsthemen in den Vordergrund. Nimmt man noch die Schrödersche Beschwörung von Anti-Kriegs-Motiven in der Irak-Frage hinzu, so war deutlich zu erkennen, dass der Kanzler diesmal darauf abzielte, die Rolle Lafontaines aus dem Bundestagswahlkampf 1998 in weiten Teilen selbst zu übernehmen. Dadurch aber entwickelte sich im Verlauf des Sommers eine Kampagne, in der Schröder weit eher als Parteivorsitzender agierte, als einen klassischen Regierungswahlkampf zu führen.

Erst die Flutkatastrophe in Ostdeutschland eröffnete ihm im August die Möglichkeit, das Gewicht der Exekutive ins Spiel zu bringen, eine Möglichkeit, die er dann aber mit großem Geschick nutzte und die seinen Kontrahenten in entscheidender Weise in den Hintergrund drängte.

Schröder nahm bei dieser Parteikampagne auch die zwischenzeitliche Beschädigung gouvernementaler Positionen in der Außenpolitik in Kauf. Es gelang ihm sogar, diesen Politikbereich so weit für die Wahlkampfzwecke zu instrumentalisieren, dass er den Herausforderer dazu trieb, bei dem taktischen Poker um die wählerwirksamste Formulierung eines „deutschen Weges“ gegenüber den USA und ihren Irak-Plänen übereifrig mitzubieten.

Dieses Manöver einer Zuwendung zu traditionellen sozialdemokratischen Positionen hat den Verlust der Regierungsmacht gerade noch abgewendet. So konnte in Nordrhein-Westfalen ein Wahldesaster letztlich vermieden werden, in den neuen Bundesländern erzielte man trotz hoher Stimmenthaltung Zuwächse. Zwar deuten die Zusammenhänge zwischen geringer Wahlbeteiligung und SPD-Verlusten sowie überdurchschnittliche Verluste in diesem Segment an die CDU darauf hin, dass unter den Arbeitern nach wie vor Vorbehalte gegenüber der Sattelfestigkeit der SPD in Sachen Gerechtigkeit fortbestehen. Dennoch war die Mobilisierung der sozialdemokratischen Anhänger in diesem Bereich weitaus erfolgreicher, als man dies zu Beginn der Kampagne erwarten konnte.

Auf diese Weise erzielte die SPD ein gutes Wahlergebnis trotz einer schlechten Bilanz auf dem Arbeitsmarkt. Dies bestätigt im übrigen die altbekannte These, dass sich eine hohe

Arbeitslosigkeit nicht zwangsläufig gegen eine sozialdemokratische Regierung wendet. Es muss dieser allerdings gelingen, das Bemühen um soziale Gerechtigkeit glaubhafter als die Opposition zu vermitteln und die Wirtschaftspolitik in einen weiter gefassten gesellschaftspolitischen Deutungsrahmen einzuordnen.

Gleichwohl bleibt abzuwarten, wie sich das Verhältnis der SPD in den kommenden Jahren zu Wählergruppen entwickeln wird, die sich an wohlfahrtstaatlichen Leistungen orientieren. Die anstehenden Reformen auf dem Arbeitsmarkt und im Gesundheitswesen enthalten immer wieder die Möglichkeit zur Entfremdung von genau den Wählern, auf deren Mobilisierung die Sozialdemokraten schicksalhaft für Erfolge bei den anstehenden Landtagswahlen angewiesen sind. Hier befindet sich die SPD in einem Dilemma, aus dem sich bislang kein klarer Ausweg abzeichnet. Hier kann eine auf gerechte Zukunftschancen ausgerichtete Bildungspolitik den Sozialdemokraten zu einem Themenfeld verhelfen, auf dem sie die Gerechtigkeitserwartungen ihrer Anhänger aus der unteren Hälfte der sozialen Pyramide befriedigen können. Auf anderen Politikfeldern mögen sich dann die vielbeschworenen „politischen Grausamkeiten“ abspielen.

Für die Union bleibt die Erkenntnis, dass sie die Position einer strukturellen Mehrheitspartei, die sie über Jahrzehnte im deutschen Parteiensystem eingenommen und erst 1998 verloren hatte, noch nicht wieder zurückerobert konnte. Dafür waren gleich mehrere Gründe ausschlaggebend, von denen die Entscheidung für Edmund Stoiber als Kanzlerkandidat keineswegs der einzige und ausschlaggebende war.

Die CDU hatte auch 2002 mit den unterschiedlichen Erwartungen ihrer Anhänger zu kämpfen. Die Kluft zwischen einer nach wie vor stark auf sozialstaatliche Interventionen ausgerichteten Wählerschaft im Osten und den Wählern im Westen, die sich mit einem eher liberalen gesellschaftspolitischen Weltbild bereitwilliger der Reform sozialstaatlicher Sicherungssysteme, einer konsequenten Sparpolitik und einer individuellen Leistungsverpflichtung stellen, hatte sich bereits bei der Bundestagswahl 1994 aufgetan. Sie hat seither durchgreifende Erfolge der Union bei Bundestagswahlen verhindert. Dies schließt keineswegs einzelne und spektakuläre Siege der CDU bei Landtagswahlen im Osten aus. Der Kanzlerkandidat Edmund Stoiber hat als Ministerpräsident Bayerns und damit als potentieller Wessi-Zuchtmeister der ostdeutschen Länder diese Trennlinie zwischen den beiden Wählersegmenten der CDU nicht entscheidend überwinden können.

Zum andern erwies sich diesmal auch die Integration zwischen Nord und Süd für die Union als überraschend problematisch. Hierbei handelt es sich um die Neubelebung überkommener politischer Ressentiments und Traditionen. Während sich in Süddeutschland und vor allem in Bayern die Union zu fulminanten Wahlergebnissen aufschwingen konnte, war die Mobilisierung ihrer Anhänger im Westen und Norden eher verhalten. Hier ist also von einem Bayern-Malus im Sinne einer politisch-kulturellen Distanz auszugehen, der bei einem Kandidaten aus einem anderen süddeutschen Land in diesem Maße nicht eintreten würde.

Dies kulturelle Kalkül wird die CDU bei zukünftigen Diskussionen über Spitzenkandidaten nicht übersehen dürfen. Vor allem jedoch wird sie sich der 1999 durch den Kohl-Skandal verdrängten innerparteilichen Diskussion zum Verhältnis von Sozialstaat und einer akzeptablen neoliberalen Deregulierung nicht länger entziehen können, will sie ihre Stellung als gesamtdeutsch erfolgreiche Volkspartei behaupten. In der Organisation und Moderation dieser Diskussion wird die strategische Leistung der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel liegen müssen.

Der Wahlkampf der Union zielte nicht darauf ab, der Regierungspolitik auf konzeptioneller Ebene eine Alternative gegenüberzustellen. Vielmehr vertraute die Union in erster Linie auf die demoralisierende Wirkung der schlechten Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage auf die sozialdemokratischen Anhänger und bot ansonsten möglichst wenige programmatische Angriffsflächen. Dies war zunächst eine äußerst erfolgreiche Strategie und führte zu erheblicher Verwirrung bei den Wahlkämpfern der SPD. Diese hatten mit einem finsternen und konservativen Gegenspieler Stoiber gerechnet und standen dessen immerwährender freundlicher Unverbindlichkeit recht hilflos gegenüber. Umgekehrt standen Stoiber und seine Berater in dem Augenblick mit leeren Händen da, als der Kanzler die öffentliche Aufmerksamkeit auf sein zielstrebiges Handeln im Verlauf der Flut zu lenken vermochte und damit die Fehler und Versäumnisse der letzten Jahre aus dem Blick gerieten. Vor dem Hintergrund dieses Szenarios konnten die traditionellen regionalen Unterschiede ihre Wirkung entfalten.

Stellt man die wahlsoziologische Analyse der FDP-Ergebnisse der Diskussion über Wahlstrategien und deren Erfolgchancen gegenüber, die in der Führungsriege der Partei seit Monaten zu beobachten war, offenbart sich das Bild eines selbst für die Liberalen

erstaunlichen und hartnäckigen Realitätsverlusts der Parteispitze. Dieser manifestierte sich noch in der Wahlnacht in der offiziellen Bewertung des FDP-Ergebnisses als Niederlage. Dabei hat die FDP am letzten Sonntag ein Wahlergebnis erzielt, das in hohem Maße die langfristig erkennbaren Wählerpotentiale der Liberalen widerspiegelt und vor allem in Ostdeutschland eine Reihe neuartiger Segmente einzuschließen scheint.

Nach wie vor verfügt die FDP – das belegen alle einschlägigen Analysen – über einen Kernwählerstamm, der deutlich unter der 5 %-Marke liegt und für eine ungesicherte Existenz der Partei auf der Bundesebene bürgt. Seit den 1980er Jahren bezieht die FDP einen zunehmenden und wesentlichen Teil ihrer Anziehungskraft aus der Rolle als radikales wirtschaftsliberales Korrektiv innerhalb des bürgerlichen Lagers. In dieser Rolle ist sie im übrigen auch im Verlauf des Wahlkampfes trotz ihrer ausgebliebenen Koalitionsaussage von den meisten Wählern wahrgenommen worden.

Über diese Korrektivfunktion hinaus verfügte sie – im Gegensatz zu ihren Hochzeiten – nur noch über wenige regionale Hochburgen. Hier sind etwa das altliberale Stammland Baden-Württemberg, sowie seit einigen Jahren auch Rheinland-Pfalz zu nennen, wo sich die FDP seit 1987 als regierungserprobter Partner zunächst der CDU und dann einer bürgerlich geprägten Sozialdemokratie einen festen und eigenständigen Rückhalt in der Wählerschaft erworben hat.

Diese strukturell eher schwache Lage der Liberalen begann nun einer beinahe grotesken Fehleinschätzung zu unterliegen, als die Union zu Beginn des Jahres 2000 in den Strudel des Kohl-Spendenskandals geriet und ein Teil der verunsicherten und enttäuschten CDU-Anhänger bei dem liberalen Korrektiv Unterschlupf suchte. Dies führte zu einem zwischenzeitlichen Anstieg der FDP-Ergebnisse bei verschiedenen Landtagswahlen, so etwa in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein und zuletzt in Sachsen-Anhalt.

Diese überraschenden Wahlerfolge der FDP nach einer langen Dürreperiode bei Landtagswahlen hatten fatale Folgen für die Positionsbestimmung der Liberalen. Die Parteiführung, allen voran der umtriebige Jürgen Möllemann, der sich und die nordrhein-westfälischen Liberalen im Frühjahr 2000 unversehens im Düsseldorfer Landtag wiederfand, interpretierte die Ausnahmesituation am Wählermarkt als Beginn eines neuen liberalen

Zeitalters. Man startete das Projekt „18 Prozent“, eine Kampagne, der von Anfang an der Geruch politischen Größenwahns anhaftete.

Schnell zeigte sich, dass die zur Erreichung dieses hochgesteckten Ziels von Möllemann und seinem Parteivorsitzenden Westerwelle jeweils unterschiedlich akzentuierte Doppelstrategie einer stillschweigenden Haiderisierung und einer lautstarken Spaß-Partei-Inszenierung sich gleich in mehrfacher Hinsicht als problematisch erwies.

Die Annäherung an rechtspopulistische Klischees, wie sie Möllemanns Kalkül zugrunde lag und durch die Mobilisierung anti-semitischer Affekte erfolgen sollte, erforderte – das lehren die Beispiele Österreich, Frankreich und Holland – einen weitaus aggressiveren Wahlkampfstil, als ihn sich die kleine und traditionsreiche FDP mit Rücksicht auf ihre bürgerlichen Wähler leisten konnte und wollte. So erbrachte das rechtspopulistische Moment nichts an zusätzlichem Rückhalt in der Wählerschaft.

Die fortlaufende Spaß-Inszenierung hingegen, wie sie vor allem von Westerwelle betrieben wurde, war nicht kompatibel mit den rechtspopulistischen Drohgebärden. Sie wirkte angesichts der schwierigen Wirtschaftslage und erst recht im Gefolge der verheerenden Flutkatastrophe in Ostdeutschland deplaziert und geschmacklos. In diesem Kampagnen-Dilemma verblieb den Liberalen nur die stereotype Forderung nach Steuersenkungen und Eigeninitiative als einzig relevante Botschaft. In fataler Weise rückten sie damit wieder in die Nähe der von Westerwelle bereits vor einigen Jahren lauthals propagierten „Partei der Besserverdienenden“.

So führte die FDP einen Wahlkampf, der auf überzogene und unglaubwürdige Ziele ausgerichtet war. Sie baute dabei auf Strategien, die sich gegenseitig blockierten und obendrein die noch verbliebenen Traditionsanhänger durch ihre Inhaltsleere befremden mussten. Weisen die Kampagnen der beiden großen Parteien in diesem Jahr schon einen ausgeprägten Hang zum bloßen taktischen Finassieren auf, so wurde dies bei den Liberalen zweifellos auf die Spitze getrieben.

Dass vor diesem Hintergrund das Wahlergebnis der FDP mit seinem gegenüber 1998 leichten Zuwachs auf 7,4 % als Misserfolg interpretiert wurde, ist eine zusätzliche ironische Pointe. Im Norden und Osten hat die FDP durchaus von Wählern profitiert, die Vorbehalte gegenüber

einer dezidiert süddeutschen und katholischen Union mit ihrem bayerischen Spitzenkandidaten hatten. Im Süden hingegen wirkte sich die gewollte Distanz zur Union negativ aus. Dass sich also auch ohne Koalitionsaussage in Ostdeutschland in Ansätzen ein Sockel an potentiellen liberalen Stammwählern aus den Reihen der wirtschaftlich Erfolgreichen abzeichnet, mag nach der Rückkehr zu einer Ernüchterung an der Parteispitze langfristig der für die FDP bedeutsamste Aspekt an der Bundestagswahl vom Sonntag sein.

V.

Keine der beiden großen Parteien verfügt derzeit über eine strukturelle Mehrheitsfähigkeit. Zudem unterscheiden sich die Anforderungen der Wähler in Ost und West. Dennoch sind die aufgezeigten regionalen Strukturmuster alles andere als unverrückbar oder gar zukunftsweisend. Bei dieser Wahl wurde die inhaltliche Auseinandersetzung und Aufklärungsarbeit bei den Wählern zugunsten einer bloß medialen Inszenierung geopfert. Zurückliegende Wahlen haben jedoch gezeigt, dass mit überzeugenden Programmen durchaus Mehrheiten zu gewinnen sind. Nichts spricht dagegen, dass dies nicht auch zukünftig gelingen kann.

Die in pluralistischen Gesellschaften notwendige Orientierung auf die politische Mitte ist ja keineswegs gleichzusetzen mit dem Zwang zur medialen Stromlinienförmigkeit und inhaltlichen Konzeptlosigkeit. Statt vordergründiger Wahlkampfretorik muss politische Sachkompetenz vermittelt werden. Die Wähler haben hierfür weitaus sensiblere Antennen als vielfach angenommen. Sachkompetenz ist letztlich die Voraussetzung für politische Führung. Sie ist gerade in Krisenzeiten gefragt. Vor allem ist sie der entscheidende Schlüssel für Parteien und Politiker zum Ausbruch aus den jeweiligen Stimmenreservaten und somit letztlich zum Wahlerfolg.

Tabellen:**Bundestagswahl 2002: Wahlergebnisse und Differenzen zu 1998 in sozialen Kontexten in Westdeutschland (Wahlergebnisse in %, Differenzen in Prozentpunkten)**

Kontext	SPD		CDU/CSU		Grüne		FDP		PDS	
	2002	Diff.	2002	Diff.	2002	Diff.	2002	Diff.	2002	Diff.
hoher Arbeiteranteil	36.6	-5.3	46.1	6.6	6.9	1.4	6.4	0.5	0.9	0.0
hoher Angestelltenanteil	38.1	-3.0	36.1	1.5	13.2	3.4	8.4	0.1	1.4	-0.1
niedriger Bildungsgrad	35.9	-6.1	47.6	6.5	6.4	1.2	6.4	1.0	0.8	0.0
hoher Bildungsgrad	37.3	-2.9	36.6	2.0	13.8	3.3	8.1	-0.2	1.5	0.0
produzierendes Gewerbe	34.2	-4.9	47.8	6.4	7.3	1.5	6.9	0.3	0.8	0.0
Dienstleistungszentren	40.7	-2.8	33.9	1.0	13.1	3.2	8.0	0.4	1.6	0.0
landwirtschaftliche Gebiete	39.6	-3.1	41.3	2.2	7.5	1.6	8.2	1.0	0.9	0.0
hohe Bevölkerungsdichte	42.7	-3.4	32.5	1.3	12.4	3.2	7.9	0.8	1.6	0.0
hoher Ausländeranteil	40.0	-3.1	35.1	2.3	12.5	3.1	7.9	0.3	1.5	0.0
hohe Arbeitslosenquote	47.5	-2.9	31.4	0.9	9.5	2.2	7.6	1.3	1.4	0.0
hoher Katholikenanteil	30.3	-5.8	52.3	6.6	7.4	1.3	6.9	0.6	0.7	0.0
hoher Protestantenanteil	44.3	-2.7	36.2	2.1	8.3	1.9	7.4	0.6	1.1	-0.1
insgesamt	38.3	-4.0	40.8	3.8	9.4	2.1	7.6	0.6	1.1	-0.1

Berücksichtigt ist jeweils das Viertel der Wahlkreise mit der höchsten Merkmalsausprägung.

Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg.

Bundestagswahl 2002: Wahlergebnisse und Differenzen zu 1998 in sozialen Kontexten in Ostdeutschland (Wahlergebnisse in %, Differenzen in Prozentpunkten)

Kontext	SPD		CDU/CSU		Grüne		FDP		PDS	
	2002	Diff.	2002	Diff.	2002	Diff.	2002	Diff.	2002	Diff.
produzierendes Gewerbe	36.0	4.4	33.5	1.3	3.6	0.0	6.8	3.2	15.6	-3.8
Dienstleistungszentren	40.0	4.8	23.9	0.7	7.8	1.4	5.8	2.9	18.6	-5.6
landwirtschaftliche Gebiete	40.7	4.6	29.9	1.3	3.5	0.2	6.5	3.3	15.9	-4.5
hohe Bevölkerungsdichte	38.7	4.4	24.4	0.7	8.1	1.3	6.1	2.9	18.3	-5.1
hoher Ausländeranteil	40.9	4.3	22.2	0.5	8.1	1.4	6.0	2.9	18.7	-4.7
hohe Arbeitslosenquote	39.5	4.4	30.9	1.5	3.2	0.1	6.6	3.3	16.0	-4.5
insgesamt	39.7	4.6	28.3	1.0	4.7	0.6	6.4	3.1	16.9	-4.7

Berücksichtigt ist jeweils das Drittel der Wahlkreise mit der höchsten Merkmalsausprägung.

Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg.